



FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Bensberger Erklärung

Stabilität in Deutschland und Europa sichern

1 Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Die Stabilität der Euro-Zone
2 ist bedroht, an den Finanzmärkten herrscht Verunsicherung. Deutschland als größter und
3 sehr erfolgreicher Volkswirtschaft Europas kommt eine besondere Verantwortung für die
4 Weltwirtschaft zu. Andere traditionelle Wachstumszentren wie die USA und Japan befinden
5 sich derzeit in Schwächephasen. Im Vergleich dazu steht Deutschland sehr gut da.
6 Zusammen mit wachstumsstarken Staaten wie Brasilien, Russland, Indien und China
7 müssen wir der Weltkonjunktur Stabilität verleihen. Der hohe Anteil industrieller Fertigung ist
8 dabei von besonderer Bedeutung. Die Realwirtschaft muss im Vordergrund stehen, die
9 Finanzwirtschaft stärker auf ihre dienende Funktion beschränkt werden.

10
11 Die Voraussetzungen sind gut, dass Deutschland seine Rolle als Stabilitätsanker in Europa
12 und in der Weltwirtschaft wahrnehmen kann. Das Wachstum ist intakt, der
13 Beschäftigungsstand sehr hoch. In Deutschland sind 2011 mehr Menschen in Beschäftigung
14 als jemals zuvor. Mit 40,9 Millionen Arbeitsplätzen in diesem Jahr konnten alle
15 Beschäftigungsrekorde der Vergangenheit gebrochen werden. Gleichzeitig ist die
16 Arbeitslosenquote so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das wurde durch die Flexibilität
17 der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor allem auch während der Wirtschaftskrise ermöglicht,
18 in der beide Seiten zusammengestanden haben. In ganz Europa weist Deutschland die
19 niedrigste Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit auf. Damit stehen derzeit für junge
20 Menschen die Chancen, ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben zu führen,
21 eigene Träume zu verwirklichen, besonders gut.

22
23 Wie kein anderes Land in Europa hat Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise
24 gemeistert und steht heute auf einer soliden wirtschaftlichen Grundlage. Ein wesentlicher
25 Faktor für die positive Entwicklung ist ein flexibel aufgestellter Arbeitsmarkt mit moderaten
26 Tarifabschlüssen in den Jahren der Krise. Durch die steuerlichen Entlastungen von rund 24
27 Milliarden Euro zum 1. Januar 2010 wurde das Wachstum zusätzlich beschleunigt. Bereits
28 2010 konnte deshalb im Jahr nach einer der größten Wirtschaftskrisen ein wirtschaftliches
29 Wachstum von 3,5 % erreicht werden. Für das Jahr 2011 ist ein solides Wachstum zu
30 erwarten. Die Inlandsnachfrage hat in diesem Jahr weiter an Kraft gewonnen. Das macht die
31 Wirtschaft insgesamt widerstandsfähiger. Die Binnenwirtschaft wird gleichermaßen von
32 Investitionen und Konsum getragen. Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland steht auf
33 einem breiten Fundament und diese Chance müssen wir jetzt nutzen.

34
35 Ein weiterer wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands ist der Wettbewerb
36 im europäischen Binnenmarkt, der mit der Einführung des Euros ausgebaut werden konnte.
37 Über 60 % der deutschen Exporte gehen in den europäischen Binnenmarkt. Für uns Liberale
38 ist die Stabilität des Euros ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg. Denn nur mit
39 Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum gelingt die nachhaltige Schaffung neuer
40 Arbeitsplätze.

41
42 Grundlage für die Einführung des Euro war für alle Mitgliedsstaaten die Anerkennung des
43 Stabilitäts- und Wachstumspakt als gemeinsames Regelwerk. Alle Mitgliedsstaaten haben
44 sich verpflichtet, bestimmte Verschuldungsgrenzen einzuhalten oder Sanktionsmechanismen

45 auszuführen. Rot-Grün war für den Dammbruch beim Stabilitätspakt verantwortlich. In
46 dieser Regierungskonstellation hat zuerst Deutschland gemeinsam mit Frankreich den Pakt
47 in der Vergangenheit aufgeweicht. Jetzt sind diese beiden Länder in besonderer
48 Verantwortung, die Einheit und damit Handlungsfähigkeit Europas wiederherzustellen und
49 eine gemeinsame Zukunft durch Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Deutschland
50 hat als eine der stärksten Volkswirtschaften von der Einführung des Euros profitiert. Jetzt
51 müssen wir auch die nötige Verantwortung für Stabilität und Nachhaltigkeit im Euroraum
52 übernehmen.

53

54 In Deutschland ermöglicht die zunehmende Zahl an Arbeitsplätzen immer mehr Menschen
55 ein Erwerbseinkommen. Die gute Konjunktur lässt jetzt auch die Löhne steigen.
56 Wirtschaftliches Wachstum und damit verbunden hohe Erwerbsquoten schaffen Wohlstand
57 in unserer Gesellschaft. Es entstehen derzeit Überschüsse in bestimmten Sozialkassen, die
58 Beitragssenkungen ermöglichen, und so hohe Einnahmen in der Staatskasse wie nie zuvor,
59 so dass sich endlich wieder Spielräume für steuerliche Entlastungen auftun. Die nachhaltige
60 Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bleibt auch und gerade vor dem Hintergrund der
61 Situation in der Euro-Zone dabei nach wie vor eine zentrale Aufgabe. Bereits 2010 ist die
62 Koalition aus den Krisenmaßnahmen ausgestiegen und hat dies mit einem konsequenten
63 Sparpaket flankiert. Konsolidierung und Entlastungen gehören für Liberale eng zusammen.
64 Nur mit einem schlanken und handlungsfähigen Staat bleibt Deutschland flexibel und
65 gerüstet für die Zukunft. Gleichzeitig müssen die Beschäftigten in Deutschland stärker davon
66 profitieren, dass sie sich jeden Tag aufs Neue einsetzen und anstrengen, und deutlich am
67 Aufschwung beteiligt werden.

68

69 Für die knapp unter drei Millionen Arbeitssuchenden in Deutschland müssen jetzt die
70 Chancen für den Wiedereinstieg in Beschäftigung erhöht werden. Die Voraussetzungen
71 dafür sind besser denn je. Liberale Politik mit Sachverstand und Besonnenheit hat bereits die
72 notwendigen Weichen gestellt und Deutschland auf einen soliden Weg zu wirtschaftlichem
73 Aufschwung und wachsender Beschäftigung geführt. Es gilt, diesen Weg weiterzugehen und
74 die Stabilität in Deutschland zu sichern. Die Herausforderungen im Euroraum dürfen uns
75 nicht vergessen lassen, dass auch in Deutschland wichtige Reformen anstehen und
76 umgesetzt werden müssen.

77

78 Dafür macht uns unser ordnungspolitischer Kompass klare Vorgaben: Markt vor Staat,
79 private Eigenverantwortung vor staatlicher Bevormundung, Wettbewerb vor Regulierung,
80 weniger statt mehr Subventionen, stabiles Geld und eine unabhängige Zentralbank, Schutz
81 des Eigentums wie auch der Privatsphäre im liberalen Rechtsstaat.

82

83 **1. Europa ist unsere Zukunft**

84 Der Export ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Weit über die Hälfte unserer
85 Exporte entfällt auf die europäische Union. Rund ein Viertel der Beschäftigten arbeitet im
86 exportabhängigen Bereich. Europa ist eine Wertegemeinschaft, aber auch ein wichtiger
87 Faktor auf unserem Kurs für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Die nachhaltige Lösung
88 der Schuldenkrise ist deshalb ein unverzichtbarer Baustein unserer Politik für Wachstum und

89 Beschäftigung. Europa muss gerade jetzt zusammen stehen. Wir haben auf dem Weltmarkt
90 nur eine Chance, wenn Europa zusammen bleibt. Solidarität ist jedoch keine Einbahnstraße.
91 Mitgliedsstaaten mit unsolider Haushaltspolitik müssen eigenverantwortlich ihren Beitrag zur
92 Lösung der Probleme leisten. Gemeinsame Eurobonds lehnen wir ab. Sie setzen falsche
93 Anreize: Die sparsamen Länder werden bestraft, die Schuldenländer teilweise aus der
94 Verantwortung genommen.

95 ***Das haben wir geschafft:***

96 Wir haben uns frühzeitig für eine zukunftsorientierte Lösung in Europa eingesetzt: Für eine
97 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder, für den Einstieg in eine Beteiligung
98 privater Gläubiger, für starke Einflussmöglichkeiten des Deutschen Bundestages als
99 Sachwalter der Interessen der deutschen Steuerzahler.

100 ***Das wollen wir erreichen:***

101 Europa muss neu aufgestellt werden, um sich dauerhaft zu stabilisieren. Ein Schlüssel dafür
102 ist der so genannte Europäische Stabilitätsmechanismus, der bis 2013 eingerichtet wird. Der
103 ESM darf kein dauerhaftes Instrument der gemeinschaftlichen europäischen
104 Staatsfinanzierung werden. Er ist auf seine Rolle als politisch unabhängiger
105 Kriseninterventionsmechanismus zu beschränken. Mit ihm müssen wir weit mehr erreichen,
106 als einen bloßen finanziellen Rettungsschirm. Mit Übernahme der präventiv wirkenden
107 fiskalischen Instrumente durch den ESM darf die Unabhängigkeit der Europäischen
108 Zentralbank nicht mehr in Frage gestellt werden. Der ESM setzt eine enge Abstimmung der
109 nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitiken voraus. Hilfsprogramme im Rahmen des ESM
110 müssen mit verbindlichen Reformmaßnahmen und automatisch greifenden Gegenleistungen
111 einhergehen. Diese müssen mit den jährlich verbindlich getroffenen Vereinbarungen nach
112 dem Euro-Plus-Pakt ebenso konsistent sein wie den jährlich vom Europäischen Rat
113 empfohlenen Maßnahmen im Rahmen der EU 2020 Strategie. Der ESM muss möglichst
114 umfassende Expertise und Analysekapazitäten erhalten, um objektive Grundlagen für die
115 notwendige Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität der Euroländer zu schaffen.
116 Darauf basieren dann die Empfehlungen für verbindliche Auflagen bei Hilfsprogrammen oder
117 im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Die Zusammenarbeit mit dem IWF
118 bleibt für alle Aufgaben des ESM weiter von grundlegender Bedeutung. Die bereits
119 getroffenen Beschlüsse zur Einführung von Umschuldungsklauseln in Staatsanleihen ab Juli
120 2013 müssen so umgesetzt werden, dass einheitliche Musterklauseln Vorkehrungen für ein
121 geordnetes Verfahren zur Restrukturierung von Staatsschulden ermöglichen, wenn die im
122 Ernstfall notwendig würde.

123 Kernproblem der Krise ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit mancher Volkswirtschaften
124 verbunden mit zu hohen Staatsausgaben. Wir benötigen künftig eine klare Zuständigkeit für
125 die Bewertung der Arbeitsmarktssituation, der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, der
126 Rechtssicherheit der Länder der Euro-Zone. Für uns bedeutet das die Schaffung eines
127 krisenfesten Stabilitätspaktes II. Er steht neben der Agenda 2020 der Europäischen Union
128 und effektiveren Defizitverfahren bei Nichteinhaltung des EU-Vertrages. Im Rahmen des
129 Stabilitätspaktes II setzen wir uns dafür ein, dass alle Mitgliedsländer nationale
130 Schuldenbremsen in ihren Verfassungen verankern. Wir wollen keine Wirtschaftsregierung

131 als Instrument der makroökonomischen Feinsteuerung. Die Unabhängigkeit der
132 Europäischen Zentralbank darf nicht in Frage gestellt werden. Die EZB muss sich auf ihre
133 geldpolitische Rolle beschränken, wie es die Europäischen Verträge vorsehen.

134 Innerstaatlich muss bei der Ausgestaltung des ESM das Mitbestimmungsrecht des
135 Deutschen Bundestages gestärkt werden. Dabei muss klar sein: Alle Entscheidungen und
136 Vereinbarungen mit finanziellen Auswirkungen bedürfen der Zustimmung des Deutschen
137 Bundestages.

138

139 **2. Vertrauen wiederherstellen – Unabhängigkeit sichern**

140 Durch die maßlose Verschuldungspolitik ist die Stabilität der gemeinsamen europäischen
141 Währung massiv erschüttert worden. Die Verschuldungslage der in die Krise geratenen
142 Länder des Euroraumes ist untragbar. Jetzt müssen sich alle gemeinsam das verloren
143 gegangene Vertrauen wieder erarbeiten. In erster Linie ist dafür solide Haushalts- und
144 Finanzpolitik notwendig. Wir müssen in Zukunft potenzielle Schieflagen aber auch viel früher
145 erkennen. Das Vertrauen auf die Aussagen des Meinungsoligopols der drei großen US-
146 Agenturen war einer der Gründe, dass Risiken im Finanzmarkt viel zu spät erkannt worden
147 sind.

148 ***Das haben wir geschafft:***

149 Wir haben den IWF mit ins Boot geholt, der sich an den Hilfen beteiligt hat und notwendige,
150 von nationalen fiskalischen Interessen in Europa unabhängige Expertise liefert. Durch dieses
151 gemeinsame und besonnene Vorgehen in Europa konnte mit den bisher getroffenen
152 Hilfsmaßnahmen eine fatale Ausweitung der Krise verhindert werden. Auf EU-Ebene haben
153 wir als ersten Schritt ein Registrator-Verfahren für Ratingagenturen eingeführt und
154 Bedingungen festgelegt, unter denen Ratings abgegeben werden müssen, um anerkannt zu
155 werden. Das betrifft beispielsweise die Unabhängigkeit der Ratingagenturen, die
156 Transparenz der Ratingmethoden, Informationspflichten und das Verbot der Verknüpfung
157 von Rating und Beratung.

158 ***Das wollen wir erreichen:***

159 Derzeit herrscht eine zu große Abhängigkeit von der Bewertung der drei Ratingagenturen
160 Standard & Poor's, Moody's und Fitch. Diese Vormachtstellung muss aufgehoben werden.
161 Wir brauchen hier mehr Wettbewerb. Wir setzen uns für die Gründung weiterer
162 unabhängiger und privat finanzierter Ratingagenturen, möglichst mit Sitz in Europa, ein.

163 Sowohl Banken als auch Versicherungen beurteilen bereits heute die Zahlungsfähigkeit ihrer
164 Schuldner. Jedes Institut tut dies derzeit allerdings nur für sich. Ein Ratingverbund, auf den
165 auch externe Investoren zugreifen könnten, kann einen wichtigen Beitrag für mehr
166 Wettbewerb im Ratingsektor liefern.

167 Durch eine stärkere Nutzung und den Ausbau aufsichtsrechtlich anerkannter interner
168 Bonitätssysteme können wir die durch Regulierung bedingte Abhängigkeit von externen
169 Ratings mindern. Wir unterstützen die Pläne der EU-Kommission für eine einheitliche
170 zivilrechtliche Schadenshaftung infolge fehlerhafter Ratings, die beispielsweise durch

171 offensichtliche Interessenkonflikte oder grob fahrlässiges Verhalten bei der Informations-
172 beschaffung zu Stande kommen.

173

174 **3. Gesunde Staatsfinanzen – unser Fundament für die Zukunft**

175 Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Nur mit gesunden öffentlichen Haushalten
176 können wir auch in Zukunft Politik und damit unser Leben aktiv gestalten. Deshalb war es
177 wichtig, eine wirksame Schuldenbremse in unser Grundgesetz aufzunehmen. Wachstum und
178 Beschäftigung sind nur bei stabilen Verhältnissen möglich.

179

180 ***Das haben wir geschafft:***

181 Mit dem Zukunftspaket haben wir im Juni 2010 die Grundlage für eine wachstumsorientierte
182 Politik der ausgeglichenen Haushalte geschaffen. Wir folgen strikt den Vorgaben der
183 Schuldenbremse und erfüllen die Maastricht-Kriterien sogar vorzeitig.

184 ***Das wollen wir erreichen:***

185 Mit dem Bundeshaushalt setzen wir unseren Weg für solide und ausgeglichene
186 Staatsfinanzen fort. Mit haushaltspolitischer Vernunft und Verantwortung schaffen wir es, die
187 Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten und trotzdem zielgerichtet in Wachstum, Bildung
188 und damit in Beschäftigung zu investieren.

189 Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass alle Staaten der Euro-Zone eine
190 Schuldenbremse in ihren Verfassungen verankern.

191

192 **4. Die Bürger entlasten**

193 Arbeit muss sich lohnen – für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer. Deshalb ist es wichtig, die
194 Steuer- und Abgabenbelastung im Blick zu behalten.

195 ***Das haben wir geschafft:***

196 Zum 1. Januar 2010 wurden Familien und Unternehmen um rund 24 Mrd. Euro entlastet. Die
197 steuerlichen Entlastungen in der konjunkturrelevanten Größenordnung von einem Prozent
198 des Bruttoinlandsprodukts haben gewirkt und das Wachstum beschleunigt. Wenn heute der
199 private Konsum zu einer wichtigen Stütze unseres wirtschaftlichen Erfolges geworden ist,
200 dann haben wir durch unser schnelles und entschlossenes Handeln den Grundstein dafür
201 gelegt.

202 ***Das wollen wir erreichen:***

203 Der Aufschwung gehört nicht dem Staat. Er gehört denen, die ihn täglich erarbeiten - den
204 Arbeitnehmern, Unternehmern und ihren Familien. Mehr finanzieller Spielraum bei den
205 Bürgern bedeutet mehr Freiheit für die Erfüllung persönlicher Wünsche und Träume. Das
206 heißt aber auch mehr Möglichkeiten für Konsum und Investition – und damit eine wichtige
207 Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, gerade bei einem leichten Abschwächen
208 der Konjunktur.

209 Wir dürfen uns auf dem Erreichten aber nicht ausruhen. Die Steuereinnahmen werden im
210 nächsten Jahr wohl so hoch sein wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Für
211 einen liberalen Koalitionspartner ist es selbstverständlich, jeden sich ergebenden Spielraum
212 für Entlastungen und Steuervereinfachungen insbesondere für kleine und mittlere
213 Einkommen zu nutzen. Für die FDP ist das eine Frage der Gerechtigkeit. Wenn eine
214 Korrektur bei der Einkommensteuer an der Blockadehaltung von Rot-Grün im Bundesrat
215 nicht möglich ist, werden wir eine Korrektur beim Solidaritätszuschlag vornehmen.

216

217 **5. Arbeit zukunftsfest machen – Sozialversicherungsbeiträge anpassen**

218 Durch die gute konjunkturelle Lage entstehen derzeit auch in bestimmten Sozialkassen
219 Überschüsse, die dort auf der Zeitachse eine Senkung des Beitragssatzes ermöglicht. Arbeit
220 darf nicht zu teuer werden. Deswegen ist es unsere Aufgabe, die Lohnzusatzkosten nicht zu
221 einer untragbaren Belastung von Arbeit werden zu lassen.

222 ***Das haben wir geschafft:***

223 Passgenau haben wir Anfang 2010 mit dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz
224 reagiert, indem wir einen Schutzschirm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
225 gespannt haben, womit ein Anstieg der Lohnzusatzkosten bei den Beiträgen zur
226 Arbeitslosen- und zur Krankenversicherung während der Wirtschaftskrise verhindert werden
227 konnte. Die Entwicklung der Gesundheitskosten wurde 2010 mit der Gesundheitsreform von
228 den Arbeitskosten entkoppelt, das Milliardendefizit in der GKV ausgeglichen und die Beiträge
229 stabil gehalten.

230 ***Das wollen wir erreichen:***

231 Wir wollen den Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung um mindestens 0,8
232 Prozentpunkte senken. Ein reduzierter Beitragssatz schafft rund 125.000 – 150.000 neue
233 Arbeitsplätze.

234 Die umlagefinanzierte Pflegeversicherung kann angesichts des demografischen Wandels
235 auf Dauer keine verlässliche Teilabsicherung der Pflegekosten garantieren. Daher
236 brauchen wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, eine ergänzende kapitalgedeckte
237 Vorsorge, die verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss.

238

239 **6. Potentiale erkennen – Potentiale entwickeln**

240 In einer sich schnell verändernden, global verbundenen Gesellschaft müssen sich auch
241 unsere Unternehmen ständig anpassen und verändern. Dazu brauchen die Unternehmen
242 qualifizierte Mitarbeiter, denen es möglich ist, ein Leben lang dazuzulernen. Die Zukunft
243 steckt in unseren Köpfen. Dafür muss Deutschland weiter als Forschungs-, Technologie- und
244 Innovationsstandort gestärkt werden.

245

246 ***Das haben wir geschafft:***

247 Bei Forschung und Bildung haben wir nicht gespart. 2010 haben wir beschlossen, dass bis
248 2013 zusätzlich 12 Milliarden Euro in Forschung und Bildung investiert werden. Mit dem
249 Bildungspaket für Kinder von Arbeitslosengeld-II-Beziehern und Geringverdienern werden
250 1,6 Milliarden Euro jährlich eingesetzt, damit Sport-, Musik- und andere Bildungsangebote
251 von allen genutzt werden können. Bildung ist ein Garant für Freiheit in unserer Gesellschaft.
252 Deutschland braucht gut ausgebildete Köpfe, um wirtschaftlich vorn bleiben zu können. Mit
253 der Bafög-Modernisierung und dem Nationalen Stipendienprogramm hat die schwarz-gelbe
254 Koalition 2010 wichtige Anreize gesetzt, junge Menschen für ein Studium zu ermutigen.
255 Dieses Stipendium wird unabhängig von der sozialen Herkunft an besonders leistungsstarke
256 und engagierte Studierende vergeben. Die Zahl der staatlich mitfinanzierten Stipendien soll
257 2011 verdoppelt werden und mittelfristig werden 10 % der Studierenden in Deutschland
258 gefördert werden.

259 ***Das wollen wir erreichen:***

260 Ziel ist es künftig 10 % des Bruttoinlandsproduktes in Bildung und Forschung zu investieren.
261 Zur Unterstützung der zielgenauen Förderung und Begleitung der schulischen Ausbildung
262 werden wir Bildungsbündnisse vor Ort fördern und Schulfördervereine insbesondere für
263 Grundschulen stärken. Das Wissenschaftssystem in Deutschland muss innovationsfähig
264 bleiben, damit Deutschland auch künftig international wettbewerbsfähig bleibt. Die
265 Wissenschaftsfreiheitsinitiative soll den Hochschulen mehr Flexibilität und Selbständigkeit
266 ermöglichen, damit sie leichter hochqualifiziertes Personal gewinnen können.
267 Weiterqualifizierung im Rahmen von berufsbegleitendem Lernen müssen wir stärken, indem
268 Weiterbildungsallianzen zwischen den Verbänden, der Bundesagentur für Arbeit, den
269 Ländern und den Sozialpartnern geschmiedet werden.

270

271 **7. Flexibilität ermöglichen – Familie und Beruf vereinbaren –**
272 **Altersdiskriminierung verhindern**

273 Die Mehrzahl der Frauen und Männer in Deutschland wollen Berufstätigkeit und
274 Familienleben mit Kindern vereinbaren. Es ist eine höchstpersönliche Entscheidung der
275 Familien, wie sie ihr Familienleben organisieren wollen. Die liberale Bundestagsfraktion setzt
276 sich für Wahlfreiheit ein – es ist die Sache eines jeden Einzelnen zu entscheiden, wann und
277 wie lange er arbeiten kann und will und nicht Aufgabe des Staates. Wir brauchen Männer
278 und Frauen mit Familien- und Lebenserfahrung in der Erwerbstätigkeit, wenn wir Wachstum
279 und damit Beschäftigung sichern wollen.

280 ***Das haben wir geschafft:***

281
282 Der Ausbau der Kindertagesbetreuung wird weiter vorangetrieben. Bundesweit haben wir
283 mittlerweile im Bereich der Kinderbetreuung eine Quote von durchschnittlich 20,4 % erreicht.
284 Bis zum Jahr 2013 wollen wir bundesweit rund 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter
285 drei Jahren schaffen.

286

287 ***Das wollen wir erreichen:***

288 Wir wollen Älteren eine längere Erwerbsbeteiligung und dabei einen flexiblen Übergang vom
289 Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglichen. Ältere Arbeitnehmer sollen über Dauer und
290 Umfang der Erwerbstätigkeit selbst entscheiden können. Die Hinzuverdienstgrenzen bei
291 vorzeitigem Renteneintritt wollen wir als flankierende Maßnahme auf dem Weg zur Rente mit
292 67 verbessern. Die vorhandenen Potenziale älterer, erfahrungsreicher Erwerbstätiger
293 müssen besser genutzt und gefördert werden. Durch eine Kombination aus Rente und
294 Erwerbstätigkeit soll ein flexibler Renteneintritt, der zu den Lebensanforderungen jedes
295 Einzelnen passt, erreicht werden.

296 Wir wollen die Voraussetzungen für das Ausüben einer Erwerbstätigkeit - auch in
297 Führungsposition - für Frauen verbessern. Eine Quote als Eingriff in die unternehmerische
298 Freiheit lehnen wir ab. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen durch ein Angebot von
299 flexibleren Arbeitszeiten durch beispielsweise Teilzeitarbeit, Jobsharing-Modelle oder
300 Sabbaticals verändert werden.

301

302 **8. Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften vereinfachen**

303 Bereits 2011 fehlen in vielen Unternehmen qualifizierte Fachkräfte. Wenn wir heute nicht
304 massiv gegensteuern, wird sich diese Lücke vergrößern. Wir können aufgrund der
305 Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland nicht genug Menschen aus- und weiterbilden.
306 Fehlende Fachkräfte verursachen Wachstums- und Wohlstandsverluste. Denn nur mit
307 ausreichend Fachkräften können die deutschen Spitzenunternehmen Arbeit für alle sichern.
308 Wir müssen dem Mangel an Fachkräften mit vereinfachter Zuwanderung begegnen.

309 ***Das haben wir geschafft:***

310 Auf die Vorrangprüfung für Maschinen- und Fahrzeugbauingenieure, Elektroingenieure und
311 Ärzte verzichten wir. Wir haben ein Anerkennungsgesetz auf den Weg gebracht, damit im
312 Ausland erworbene Berufsabschlüsse schneller und leichter auch in Deutschland anerkannt
313 werden können.

314 ***Das wollen wir erreichen:***

315 Wir wollen weniger Bürokratie bei der Einstellung ausländischer Fachkräfte. Schließlich
316 können die Unternehmer am besten entscheiden, welchen Arbeitnehmer mit welchen
317 Qualifikationen sie brauchen und einstellen wollen. Um Wartezeiten zu verhindern und
318 gerade Mittelständlern die qualifizierte Besetzung einer Stelle zu ermöglichen, sollte die
319 Vorrangprüfung für alle Branchen vereinfacht werden: Bei ausbleibendem Widerspruch der
320 zuständigen Arbeitsagentur innerhalb von zwei Wochen kann der qualifizierte Arbeitnehmer
321 aus dem Ausland eingestellt werden. Wir wollen die internationale Entsendung vereinfachen
322 und die Einkommensgrenzen senken: Qualifizierte Zuwanderer sollen dann eine
323 Aufenthaltserlaubnis bekommen, wenn sie einen Verdienst in Höhe des
324 Durchschnittsverdienstes in Deutschland – nämlich rund 40.000 € jährlich – nachweisen
325 können. Der Zuzug von Selbstständigen aus Drittstaaten soll vereinfacht werden.

326 Für die Zukunft wollen wir ein transparentes Zuwanderungsverfahren. Qualifikationen von
327 Zuwanderern wie beispielsweise Berufsabschlüsse, Sprachkenntnisse oder besondere

328 Fähigkeiten werden dann nach einem Punktesystem bewertet, so dass die Menschen nach
329 Deutschland kommen können, die uns fehlen.

330

331 **9. Einstieg in Arbeit erleichtern**

332

333 Die gute Arbeitsmarktlage hat bereits vielen Menschen den Einstieg in die Erwerbstätigkeit
334 ermöglicht. Sie entbindet uns aber nicht von der Aufgabe, allen eine Perspektive zu eröffnen.
335 Damit diejenigen, die derzeit noch keinen Arbeitsplatz haben, bessere Chancen bekommen,
336 muss der Rahmen im Sozialstaat so gesetzt werden, dass der Einstieg in Arbeit so einfach
337 wie möglich ist.

338 ***Das haben wir geschafft:***

339 Der Anreiz einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachzugehen, wurde 2010 für die
340 Bezieher von Arbeitslosengeld II erhöht, indem ihnen von dem Lohn, der zu den
341 Transferleistungen hinzuverdient wird, künftig mehr bleibt. Erste Schritte in die
342 Erwerbstätigkeit werden so erleichtert und die Brücke in den Arbeitsmarkt aus der
343 Arbeitslosigkeit für Langzeitarbeitslose verbessert. Mit der Jobcenter-Reform wurde zudem
344 die bewährte Praxis der effizienten Betreuung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand auf
345 eine verfassungsgemäße Grundlage gestellt.

346 ***Das wollen wir erreichen:***

347 Das bestehende Potenzial an Erwerbspersonen muss noch besser und schneller
348 erschlossen werden. Zur Verbesserung der Vermittlung von Arbeitssuchenden werden wir
349 den Instrumentenkasten effizienter und effektiver ausgestalten. Insbesondere der Vermittler
350 vor Ort wird mehr Freiheiten für eine passgenaue Förderung bekommen, denn er weiß am
351 besten, was für den Einzelnen richtig ist Die Ziele sind: mehr Transparenz, weniger
352 Bürokratie und vor allem schnellere Vermittlung. Vorrang gerade auch vor öffentlich
353 geförderter Beschäftigung hat für uns die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Hier ist der
354 Schwerpunkt zukünftig auf Aktivierung und Qualifizierung zu setzen.

355 Auch die Bundesagentur für Arbeit muss effizienter werden, die Aufgaben und Strukturen der
356 BA müssen auf den Prüfstand. Es kann nicht sein, dass bei der BA 2011 bei unter 3
357 Millionen Arbeitslosen 25.000 Mitarbeiter mehr angestellt sind als zu Zeiten von 5 Millionen
358 Arbeitslosen. Die BA muss schlanker und schlagkräftiger werden: Dabei geht es um Qualität
359 statt Quantität.

360 Um Langzeitarbeitslosen den Weg in die Erwerbstätigkeit zu erleichtern, müssen ihre
361 Hinzuverdienstmöglichkeiten noch weiter verbessert werden. Dies gilt auch für den Weg über
362 einen Mini- oder Midijob zurück in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

363

364

365

366
367

10. Technologieführerschaft, kalkulierbare Energiepreise und verlässliche Rohstoffsicherheit

368 Deutsche Unternehmen haben eine hohe Wettbewerbsfähigkeit in Umwelt- und
369 Energietechnologien, insbesondere bei Systemen erneuerbarer Energien. Gleichzeitig haben
370 traditionelle Industrien aus der Chemie, dem Maschinen- oder dem Fahrzeugbau in
371 Deutschland einen hohen Stellenwert. Sie schaffen Arbeitsplätze, Stabilität und Wachstum.
372 Mit kalkulierbaren Energiepreisen müssen wir dafür Sorge tragen, dass diese
373 energieintensiven Branchen eine Zukunft in Deutschland haben. Für unsere
374 Spitzentechnologie in Wirtschaft und Forschung ist die Verfügbarkeit von Rohstoffen ein
375 entscheidender Standortfaktor. Deshalb müssen wir den Zugang zu Rohstoffen für
376 Deutschland dauerhaft sichern.

377 ***Das haben wir geschafft:***

378 Mit der Neuorientierung der Energiepolitik haben wir ein weitgehend privat finanziertes
379 Investitionsprogramm ausgelöst. Der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien, die
380 Effizienzsteigerung durch neue fossile Kraftwerke, der Netzausbau und die Anreize zur
381 Gebäudesanierung werden einen signifikanten Beitrag zum Wachstum liefern. Mit einem
382 stabilen Heimatmarkt durch ein marktorientierteres Erneuerbare-Energien-Gesetz stärken wir
383 auch die Grundlage für die Exportchancen der Branche erneuerbarer Energien.

384 Bei den Entscheidungen zur Energiepolitik im Juli 2011 haben wir der internationalen
385 Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Wirtschaft in Deutschland Rechnung getragen.
386 Unternehmen, die bisher keine EEG-Umlage zahlen mussten, sind auch künftig davon
387 befreit. Erstmals erhalten auch kleinere Unternehmen Ermäßigungen bei der EEG-Umlage
388 ab 1 GW Jahresverbrauch, wenn die Stromkosten mindestens 15 Prozent der
389 Bruttowertschöpfung erreichen. Ab 2013 werden für Unternehmen im Energie- und
390 Klimafonds 500 Millionen Euro bereitgestellt, um Zusatzkosten, die als Folge des
391 Emissionshandelsystems entstehen, auszugleichen.

392 Mit der Rohstoffstrategie der schwarz-gelben Bundesregierung haben wir im Oktober 2010
393 die Grundlage für mehr Rohstoffsicherheit geschaffen. Neue Partnerschaften mit
394 rohstoffreichen Ländern, vorrangig Entwicklungsländern, werden angestrebt. Auch die
395 Rahmenbedingungen für Recycling und der effiziente Einsatz von Rohstoffen sollen weiter
396 verbessert werden. Die Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit
397 nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen ist ein wirtschaftspolitisches Hauptanliegen
398 dieser Bundesregierung.

399

400 ***Das wollen wir erreichen:***

401 Der beschleunigte Umbau unserer Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien und
402 mehr Energieeffizienz ist nicht umsonst zu haben. Wir wollen diesen Prozess so gestalten,
403 dass energieintensive Branchen mit ihren Arbeitskräften am Standort Deutschland auch in
404 Zukunft erhalten bleiben. Das Produzierende Gewerbe wollen wir bei der Ökosteuernicht
405 durch neue bürokratische Regeln belasten. Wir wollen, dass die Größenordnung der EEG-
406 Umlage von derzeit 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht überschritten wird und die Umlage
407 langfristig Senkungspotenziale hat. Der Erhaltung der Versorgungssicherheit messen wir
408 höchste Priorität zu und wollen die Energiebeschlüsse dazu konsequent umsetzen.

409 Mit unserer Außen-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik werden wir deutsche
410 Unternehmen weiter intensiv begleiten und große Infrastrukturprojekte (wie z.B. Desertec,
411 Nordstream) strategisch vorantreiben. Die Exportförderung für erneuerbare Energien soll
412 konsequenter vorangetrieben werden. Wir wollen zudem Energieträger, Lieferländer und
413 Transportrouten im Energiemix weiter diversifizieren, um einseitige Abhängigkeiten zu
414 vermeiden und den verlässlichen Marktzugang zu sichern.

415

416 **11. Sozialpartnerschaft stärken – zu einem neuen Miteinander in den** 417 **Unternehmen kommen**

418 Das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft hat unser Land stark gemacht. Auch und
419 gerade durch das konstruktive Miteinander von Unternehmern und Gewerkschaftern steht
420 Deutschland nach der Krise gut da. Die Verantwortungskultur, die besonders den Mittelstand
421 auszeichnet, sollte auch Leitbild der politischen Rahmenbedingungen sein.

422 ***Das haben wir geschafft:***

423 Wir haben sinnvolle krisenbezogene Sonderregelungen beispielsweise bei der Kurzarbeit mit
424 Augenmaß verlängert und so eine sichere Beschäftigungsbrücke in den Aufschwung gebaut.
425 Von den Sozialpartnern vereinbarte tarifliche Mindestlöhne haben wir auf bereits
426 bestehender gesetzlicher Grundlage für einzelne Branchen allgemeinverbindlich erklärt. In
427 der Zeitarbeit haben wir dafür gesorgt, dass die in Deutschland bereits geltenden
428 Mindestlöhne der Zeitarbeitsbranche auch für Arbeitnehmer aus dem Ausland gelten.

429 Ein Weg zu motivierten Mitarbeitern ist die Mitarbeiterbeteiligung. Hier haben wir bereits die
430 Möglichkeiten der Entgeltumwandlung attraktiver gemacht, damit mehr Unternehmen und
431 deren Mitarbeiter sich für eine Mitarbeiterbeteiligung entscheiden können.

432 ***Das wollen wir erreichen:***

433 Wir werden die verfassungsrechtlich abgesicherte Tarifautonomie weiter schützen. Deshalb
434 lehnen wir gesetzgeberische Maßnahmen zur Tarifeinheit ab. Die freie Wahl einer
435 Gewerkschaft darf nicht durch den Gesetzgeber beeinträchtigt werden. Arbeitnehmer
436 müssen weiter davon ausgehen dürfen, dass die Tarifverträge der Gewerkschaft, von der
437 sie sich am besten vertreten fühlen, auch tatsächlich zur Anwendung kommen. Dank des

438 Aufschwungs und der Zunahme an Arbeitsplätzen ist die Schwarzarbeit in Deutschland
439 bereits 2010 deutlich zurückgegangen und ist damit auf dem niedrigsten Stand seit 1995. Es
440 zeigt sich: Gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist das beste Mittel gegen
441 Schwarzarbeit. Die Anreize eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen,
442 müssen wir deswegen noch weiter erhöhen, aber auch gleichzeitig durch wirksame
443 Kontrollen die Schwarzarbeit weiter bekämpfen.

444

445 **12. Wachstum durch Infrastrukturausbau – Abbau von Hemmnissen und** 446 **verstärkte Bürgerbeteiligung**

447 Bei der Umsetzung von Infrastrukturvorhaben in Deutschland – sei es beim Bau von
448 Straßen, Schienenwegen, Wasserstraßen oder Breitband- und Energienetzen – kam es in
449 der jüngeren Vergangenheit vermehrt zu Akzeptanzproblemen und immensen zeitlichen
450 Verzögerungen. Dies hat negative Folgen sowohl für die volkswirtschaftliche Entwicklung
451 unseres Landes als auch für zentrale politische und gesellschaftliche Ziele, wie
452 beispielsweise den Ausbau der erneuerbaren Energien oder die Beseitigung von Engpässen
453 im Straßenverkehr. Um dem wirksam entgegenzuwirken, müssen Hemmnisse für den
454 Infrastrukturausbau dringend abgebaut werden.

455 ***Das haben wir geschafft:***

456 Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP findet sich ein klares Bekenntnis für die
457 Notwendigkeit des Infrastrukturausbaus und die dafür notwendige Beschleunigung von
458 Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die FDP hat sich dazu in der Vergangenheit bereits
459 mehrfach positioniert – zuletzt im Januar 2011 vorgestellten Positionspapier „Beteiligung und
460 Erneuerung“, das in 16 Punkten Maßnahmen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung und
461 zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren bei großen
462 Infrastrukturvorhaben darlegt.

463 In dem im Juli 2011 verabschiedeten Netzausbaubeschleunigungsgesetz sind viele dieser
464 Vorschläge für den Ausbau der Stromnetze bereits umgesetzt worden.

465 ***Das wollen wir erreichen:***

466 Die Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen gestrafft werden. Dies beinhaltet
467 insbesondere die Vermeidung von Doppelprüfungen. Des Weiteren streben wir zur
468 Vereinfachung und Beschleunigung von Planungsverfahren eine stärkere Einbindung
469 privater Investoren an.

470 Hemmnisse entstehen jedoch nicht nur durch das komplexe Verfahrensrecht, sondern auch
471 durch teilweise überzogene Naturschutzvorschriften. Diese sollten daher dringend auf
472 europäischer und nationaler Ebene auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden. Wir
473 fordern eine rationale Abwägung der Belange von Natur und Mensch. Dies beinhaltet auch
474 die Einführung von Ersatzgeld als gleichwertige Kompensationsmaßnahme.

475 Um die Akzeptanz von Infrastrukturvorhaben bei den Bürgern zu fördern, müssen diese in
476 den Prozess mehr und nicht weniger eingebunden werden. Im Rahmen des geplanten
477 Planungsvereinheitlichungsgesetzes streben wir daher mehr Transparenz und Beteiligung
478 sowie die maßvolle Öffnung des gesetzlichen Rahmens für Mediationsverfahren an.